



## **Verwaltung**

Herr Wilfried Fischer  
Herr Carsten Meyer  
Herr Rolf Oeljeschläger  
Frau Sabine Krüger  
Frau Marion Claaßen

Gleichstellungsbeauftragte  
Protokollführerin

## **entschuldigt fehlen:**

### **die weiteren Mitglieder des Rates**

Herr Horst Bühring	SPD
Herr Dietmar Meyer	SPD
Herr Helmut Ohlert	SPD
Herr Wolfgang Sindermann	Freie Wähler

## **Tagesordnung:**

**Seite:**

### **Öffentlicher Teil**

- |      |  |   |
|------|--|---|
| 1.   | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung  | 4 |
| 2.   | Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2010 (Protokoll Nr. 157)   | 4 |
| 3.   | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat  | 4 |
| 3.1. | Restarbeiten Entlastungsstraße   | 4 |
| 3.2. | B-Plan Nr. 140 - Baugebiet Vor dem Moor -  | 4 |
| 3.3. | Bebauungsplan Nr. 145 "Südlich der Mittellinie"  | 5 |
| 3.4. | Straßenbeleuchtung an der Wiefelsteder Straße  | 5 |
| 3.5. | Umrüstung der Straßenbeleuchtung, Fördermaßnahme der NBank   | 5 |
| 3.6. | Winterdienst 2009/2010   | 6 |
| 3.7. | Winterbedingte Straßenschäden  | 6 |
| 3.8. | Statistische Jahresberichte 2009   | 7 |
| 4.   | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge   | 7 |
| 4.1. | Verkleinerung des Rates in der Wahlperiode 2011 bis 2016<br>hier: Erlass einer Satzung<br>- VA vom 27.10.2009 (Protokoll Nr. 141), TOP 7.1 -<br>- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.3 -<br>Vorlage: BV/2009/103<br>Vorlage: BV/2009/103/1   | 7 |
| 4.2. | Bebauungsplan Nr. 145 - Südlich der Mittellinie - (Teilbereich A) sowie dazugehörige Flächennutzungsplanänderung Nr. 42<br>hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegungen sowie Feststellungs- und Satzungsbeschluss<br>- PIUmA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 159), TOP 4 -<br>- VA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 160), TOP 7.1 -<br>Vorlage: BV/2010/009 | 9 |

4.3.	Vergabeverfahren für das Neubaugebiet "Südlich der Mittellinie" in Petersfehn - Bebauungsplan-Nr. 145 - VA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 160), TOP 7.3 - Vorlage: BV/2010/012	10
5.	Anfragen und Hinweise	11
5.1.	Schulbusunfall	11
5.2.	Beschilderung für die öffentlichen Toiletten beim Rathaus	11
5.3.	Einsparungen im Bereich Bibliothek und Jugendpflege für den Haushalt 2010	11
5.4.	Jubiläumstour mit dem Fahrrad nach Izegem vom 13. bis 18. Juni 2010	11
5.5.	Konzessionsabgabe der Energieversorger an die Kommunen	11
6.	Einwohnerfragestunde (ca. 18:00 Uhr)	12
6.1.	Winterdienst	12
6.2.	Zustand des ehem. BOHACO-Geländes	12
6.3.	Sonntagsleerung für den Briefkasten beim Bahnhof	13
6.4.	Abgabe von Laub, Strauchgut und Grünschnitt	13
6.5.	Nachfolgenutzung für das Gelände des ehem. Bundeswehrkrankenhauses	13

#### **Nicht öffentlicher Teil**

#### **Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Mickelat eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

#### **2 Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2010 (Protokoll Nr. 157)**

##### **Beschluss:**

Die Niederschrift vom 09.02.2010 (Protokoll Nr. 157) wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **3    Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat**

#### **3.1   Restarbeiten Entlastungsstraße**

Der Umbau der Oldenburger Straße (jetzt Am Hogen Hagen) und der Bau des Parkplatzes bei der Esso-Tankstelle sind fertiggestellt. Auch die Bepflanzung der Straßenbeete ist bis auf kleinere Restarbeiten abgeschlossen.

Die Straßenbeleuchtung konnte witterungsbedingt noch nicht fertiggestellt werden. Sobald der Boden frostfrei ist, wird die Beleuchtung installiert.

Die Sichtverhältnisse an der Einmündung zur Unterführung wurden durch Wegnahme von Baumpfählen aus den Straßenbeeten verbessert.

- 66 -

#### **3.2   B-Plan Nr. 140 - Baugebiet Vor dem Moor -**

Die Kanalbauarbeiten sind nahezu abgeschlossen. Das Regenrückhaltebecken wurde hergestellt.

Durch den Wintereinbruch konnten die restlichen Erdarbeiten in 2009 nicht fertiggestellt werden. Es fehlt die Herstellung der Baustraße. Der Erstausbau und damit die Freigabe der Bauplätze sind weiterhin abhängig vom Witterungsverlauf. Sobald es das Wetter zulässt, werden die Tiefbauarbeiten fortgeführt.

- 66 -

#### **3.3   Bebauungsplan Nr. 145 "Südlich der Mittellinie"**

Der Erstausbau des Baugebietes wird von März bis Juli dieses Jahres erfolgen.

Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen wird verkehrsberuhigt erfolgen. Das Baugebiet wird verkehrlich an das vorhandene Baugebiet sowie an die Mittellinie (K 138) angebunden. Außerdem wird es eine fußläufige Verbindung im Bereich des vorhandenen Regenrückhaltebeckens geben.

In dem neuen Baugebiet sollen ca. 35 Bauplätze erschlossen werden.

Je nach Fortschritt der privaten Hochbaumaßnahmen soll der Endausbau des Baugebiets voraussichtlich in 2013 erfolgen.

- 66 -

### **3.4 Straßenbeleuchtung an der Wiefelsteder Straße**

Mit der Installation einer neuen Straßenbeleuchtung an der Wiefelsteder Straße im Bereich von der Einmündung der Straße „Eiden“ bis zum Ende der geschlossenen Ortschaft „Aschhauserfeld“, wurde vor Beginn der Frostperiode, im Dezember 2009, begonnen.

Die erforderliche Kostenbeteiligung von 50 % der Baukosten (rund 35.000,00 €) konnte von Anliegern und freiwilligen Spendern aufgebracht werden. Es wird verwiesen auf den StruVA vom 21.04.2009 (Protokoll Nr. 119, 7 d. N.) und den VA vom 19.05.2009 (Protokoll Nr. 125, 6.5 d. N.).

Mit einem Ende der Bauarbeiten ist in den nächsten Wochen zu rechnen, sobald der Boden wieder frostfrei ist.

- 66 -

### **3.5 Umrüstung der Straßenbeleuchtung, Fördermaßnahme der NBank**

Das Land Niedersachsen hat 2 Mio. € für Energieeinsparungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung bereitgestellt. Die Gemeinde hat, wie im StruVA am 03.11.2009 berichtet, einen Antrag auf Förderung gestellt und einen positiven Förderbescheid über rund 25.000,00 € erhalten.

Mit diesen Mitteln wurden Leuchtenköpfe mit einem Verbrauch von 125 W durch effektivere Leuchtenköpfe mit einem Verbrauch von 45 W ersetzt. Es wurden 139 Leuchten in Petersfehn an der Mittellinie/Friedrichstraße/Brüderstraße, in Ohrwege am Altenkamp und am Langen Damm sowie in Bad Zwischenahn an der Humboldtstraße getauscht.

Es hat sich gezeigt, dass die Straßen durch die neue Beleuchtung trotz erheblicher Energieeinsparung heller und gleichmäßiger ausgeleuchtet werden. Bis auf kleinere Restarbeiten sind die Maßnahmen abgeschlossen.

RM Oetjen begrüßt die durchgeführten Maßnahmen. Eine Fortführung sei wünschenswert.

- 66 -

### **3.6 Winterdienst 2009/2010**

Es wird verwiesen auf den ausführlichen Bericht in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 16.02.2010.

Nach einer ersten Schätzung wird der Winterdienst für den Winter 2009/2010 voraussichtlich etwa 280.000 bis 300.000 € kosten. In „normalen“ Wintern liegen die Kosten bei rund 100.000 € pro Winterdienstperiode.

Weil überwiegend eigenes Personal des Baubetriebshofes eingesetzt werden konnte, wird diese Kostensteigerung zumindest zum Teil wieder kompensiert, da Arbeiten, die der Baubetriebshof sonst in dieser Zeit durchgeführt hätte, zwangsläufig liegen geblieben sind.

RM Oetjen lobt den Baubetriebshof für die geleistete Arbeit in den vergangenen Monaten und bezieht sich auf das Ausmaß der Straßenschäden, die dieser extreme Winter bedauerlicherweise hinterlassen habe.

BM Dr. Schilling schließt sich RM Oetjen an und dankt dem Baubetriebshof für den hervorragenden Winterdienst. Größere Unfallschäden seien nicht entstanden.

Auf Anfrage von RM Dierks antwortet FBL Meyer, dass für die Landesstraßen das Nds. Landesamt für Straßenbau und Verkehr zuständig sei und die Gemeinde nicht in Vorleistung treten könne.

Auf eine Anmerkung von RM Dr. Kolbow antwortet FBL Meyer, dass trotz des strengen Winters der Winterdienst nur einen Teil der Aufgaben des Baubetriebshofes in dieser Jahreszeit ausmache und die weiteren notwendigen Arbeiten, wie z. B. der Grünschnitt, auch durchgeführt werden müssen. Die Maschinen, insbesondere der Schlegelmäher, seien robust und auch für winterliche Bodenverhältnisse geeignet.

RM Georg Köster bittet um Aufschlüsselung der Kosten für Streumaterial und Personal.

#### **Anmerkung der Protokollführerin:**

Eine genaue Aufschlüsselung der Kosten ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Nach Vorliegen der Endabrechnung voraussichtlich Mitte April wird die Verwaltung den Gremien die Kosten mitteilen können.

- 66 -

### **3.7 Winterbedingte Straßenschäden**

Es ist davon auszugehen, dass sich der Zustand der ohnehin schon vorgeschädigten Straßen durch den Einfluss des langen und kalten Winters nochmals deutlich verschlechtert hat. Mit dem Beginn der Tauperiode wurde die Gewichtsbeschränkung kurzfristig für einige Straßen weiter reduziert.

Die Verwaltung hat die bislang für 2010 vorgesehenen Straßensanierungsmaßnahmen (Steinfeld in Ekern und Mühlenweg in Kayhauserfeld) noch nicht ausgeschrieben.

Falls sich ergeben sollte, dass nunmehr andere Straßenbaumaßnahmen noch dringlicher sind, könnten die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel nach Beratung im Straßen- und Verkehrsausschuss am 19.05.2010 noch umgeschichtet werden.

Von RM Langner wird in diesem Zusammenhang wiederholt auf die dringend notwendige Sanierung des Mühlenweges hingewiesen.

RM Frau Müller weist auf die von den Straßenschäden ausgehende Gefährdung insbesondere bei Dunkelheit hin. Die schadhaften Stellen sollten daher schnellstmöglich behoben bzw. entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden.

BM Dr. Schilling teilt weiter mit, dass aktuell der Lüneburger Damm und zwei Abschnitte der Straße „Im Schlitter“ mit dem Hinweis „landwirtschaftlicher Verkehr frei“ gesperrt worden seien. Weiterhin sei der Heiderosenweg vom Siedenweg bis Erikaweg von beiden Seiten gesperrt und der Imkerweg auf 2 Tonnen begrenzt worden. Im Portsloger Damm werden die größten Löcher mit Granulat gefüllt und die Geschwindigkeit auf 20 km/h reduziert. Im Kreuzungsbereich Mühlenstraße/Westerstede Straße werden die Löcher mit Betonmörtel gestopft. Der Straßen- und Verkehrsausschuss werde im Mai eine Bewertung der Straßen vornehmen.

- 66 -

### **3.8 Statistische Jahresberichte 2009**

Die statistischen Jahresberichte der Gemeinde und der Bad Zwischenahner Touristik GmbH für 2009 sind zu Beginn der Sitzung an die Ratsmitglieder verteilt worden.

Der Jahresbericht der Gemeinde wird auch im Internet unter der Adresse [www.bad-zwischenahn.de](http://www.bad-zwischenahn.de) in der Rubrik "wirtschaftlich" unter "Zahlen, Daten, Fakten" veröffentlicht.

Die statistischen Berichte sind der **Urschrift der Niederschrift** als **Anlagen 2 und 3** beigefügt.

- 10 -

## **4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge**

### **4.1 Verkleinerung des Rates in der Wahlperiode 2011 bis 2016**

**hier: Erlass einer Satzung**

**- VA vom 27.10.2009 (Protokoll Nr. 141), TOP 7.1 -**

**- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.3 -**

**Vorlage: BV/2009/103**

**Vorlage: BV/2009/103/1**

RM Finke vertritt die Auffassung, dass die nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung für die Größenordnung der Gemeinde Bad Zwischenahn vorgesehene Zahl von 36 Ratsmitgliedern maßgebend sein sollte. Die Zahl von 30 Ratsmitgliedern sei für Gemeinden mit 12.000 bis 15.000 Einwohner festgelegt. Die sich bei einer Verringerung um 6 Ratsmandate ergebende Einsparung in Höhe von 14.500 € entspreche kostenmäßig einer 0,25 Planstelle im Stellenplan der Gemeinde und sei somit vergleichsweise gering. Die Zahl der Ratsmitglieder dürfe nicht von der finanziellen Situation der Gemeinde abhängig gemacht werden. Alle Alters- und Berufsgruppen sollten im Gemeinderat vertreten sein, Vereine und Bauerschaften dürfen nicht an Einfluss am politischen Geschehen verlieren. Die CDU-Fraktion werde der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses, die Zahl der Ratsmitglieder nicht zu verringern, mehrheitlich zustimmen.

BM Dr. Schilling erinnert daran, dass die Verkleinerung des Rates seinerzeit im Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung thematisiert worden sei.

Aus Sicht der FDP spreche neben den Argumenten von RM Finke auch eine ansonsten höhere Arbeitsbelastung für die einzelnen Ratsmitglieder, insbesondere für die kleineren Parteien, für eine Beibehaltung der jetzigen Ratsstärke. Den kleinen Parteien sei es nicht möglich, in allen Ausschüssen vertreten zu sein und außerdem schwierig, alle Termine als Partei wahrzunehmen. Die „Tiefe der Mitarbeit“ müsse gewährleistet sein.

RM Dierks ergänzt, dass Meinungsvielfalt gefragt sei und weiterhin bestehen bleiben müsse. Eine Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder widerspreche der öffentlichen Aufforderung zu mehr Bürgerbeteiligung. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses ebenfalls mehrheitlich zustimmen.

RM Janßen schließt sich seinen Vorrednern an. Wenn es lediglich um eine Haushaltskonsolidierung gehe, sei es denkbar, statt der 6 Ratsmandate die monatliche Aufwandsentschädigung um 35,00 € zu reduzieren.

Die UWG legt ebenfalls besonderen Wert darauf, dass eine Vielfalt der Interessengruppen

im Rat vertreten ist, und spricht sich daher gegen eine Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder aus.

RM Georg Köster freut sich, dass Demokratie einen gewissen Wert darstelle und schließt sich der mehrheitlichen Meinung im Rat ausdrücklich an. Er merkt an, dass es seit mindestens 9 Jahren keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung gegeben habe und dadurch bereits eingespart worden sei. Weiterhin sei er sehr froh, seine Fraktion nicht mehr alleine im Rat vertreten zu müssen.

Nach Auffassung von RM Falk müsse ein Zeichen gesetzt werden. In Bezug auf die finanzielle Situation der Gemeinde werde er einer Beibehaltung der jetzigen Ratsstärke nicht zustimmen. Gegen einen (teilweisen) Verzicht auf die Aufwandsentschädigung habe er nichts einzuwenden, da ehrenamtlich Tätige in den Vereinen auch keine Entschädigung erhalten.

RM Frau Woltmann fordert eine Verkleinerung des Rates von 36 auf 30 Mitglieder. Dabei seien nicht nur finanzielle Gründe ausschlaggebend. Die Arbeit sei mit den Jahren gestrafft worden und daher auch mit 30 Personen leistbar. Es gab seinerzeit mehr Ausschüsse, z. B. sei der Kultur- und Sportausschuss zusammengelegt und der Personalausschuss abgeschafft worden. Auch bei Beibehaltung der jetzigen Ratsgröße sei nicht gewährleistet, dass aus jeder Bauerschaft jemand in den Rat gewählt werde. Die Bürger werden genügend mitwirken können. Sie bedauert, dass sich seinerzeit im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung die Fraktionsvorsitzenden einig waren, die Zahl der Ratsmitglieder zu reduzieren, aber je näher der Wahltermin rücke, von der damaligen Ansicht abgewichen werde. Dabei könne neben der finanziellen, wenn auch nur geringen Bedeutung, auch die Arbeit in der Verwaltung reduziert werden.

RM Frau Bruns betont, wer Bürgernähe wünsche, könne nicht auf Ratsmitglieder verzichten. Auch wenn es immer schwieriger werde, Kandidaten für die Gemeinderatswahl zu finden, sei dies kein Grund, die Zahl zu verringern. Es sei sicherlich notwendig, auch geringe Beträge einzusparen. Die Aufwandsentschädigung sei jedoch angesichts des Arbeitsaufwands gerechtfertigt. Das Papier für die Ratspost sei ein hoher Kostenfaktor. Es sei von Vorteil, wenn die Sitzungsunterlagen für die Ratsmitglieder elektronisch zur Verfügung gestellt werden, dann sollten jedoch die Aufwandsentschädigung entsprechend des Druck- und Arbeitsaufwands erhöht werden. Ihrer Meinung nach sollten alle ehrenamtlich Tätigen eine Entschädigung erhalten.

RM Frau Müller stimmt RM Frau Bruns zu, der Inhalt der Arbeit sei geblieben, auch wenn Ausschüsse reduziert und zusammengelegt worden seien. Der Arbeitsaufwand für die Ratsstätigkeit sei erheblich und daher die Aufwandsentschädigung nicht zu verringern.

RM Dr. Kolbow schlägt vor, ab 01.01.2011 auf die Ratspost in Papierform zu verzichten und elektronisch vorzunehmen und ggf. eine Druckkostenpauschale zu erstatten.

### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde beschließt, die Zahl der Ratsmitglieder für die Wahlperiode 2011 bis 2016 nicht zu verringern.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	1



**4.2 Bebauungsplan Nr. 145 - Südlich der Mittellinie - (Teilbereich A) sowie dazugehörige Flächennutzungsplanänderung Nr. 42**  
**hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegungen sowie Feststellungs- und Satzungsbeschluss**  
**- PIUmA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 159), TOP 4 -**  
**- VA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 160), TOP 7.1 -**  
**Vorlage: BV/2010/009**

**Beschluss:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen des Bebauungsplanes Nr. 145 – Südlich der Mittellinie – (Teilbereich A) sowie der dazugehörigen 42. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Es wird der Feststellungsbeschluss zu der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht gefasst.
3. Der Bebauungsplan Nr. 145 – Südlich der Mittellinie – (Teilbereich A) wird als Satzung mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, der Begründung und dem Umweltbericht beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- 61 -

**4.3 Vergabeverfahren für das Neubaugebiet "Südlich der Mittellinie" in Petersfehn - Bebauungsplan-Nr. 145**  
**- VA vom 16.02.2010 (Protokoll Nr. 160), TOP 7.3 -**  
**Vorlage: BV/2010/012**

RM Georg Köster betont, dass insbesondere in Bezug auf die zurückgehenden Kinderzahlen den bauwilligen Familien mit Kindern ein Preisnachlass von 5,00 € bis maximal 15,00 € gewährt werden sollte. Diese Vergünstigung sei ein Standortfaktor für die Wohnortwahl.

RM Hinrichs führt aus, dass es sich hier um gemeindliche Wohnbaupolitik handele. Vorrangiges Ziel sei, kostengünstige Wohnbaugrundstücke zur Verfügung zu stellen, insbesondere für Familien mit Kindern. Aufgrund der demografischen Entwicklung bestehe großes Interesse, dass sich Familien mit Kindern ansiedeln. Bisher sei eine Bevorzugung nur über das Punktesystem vorgenommen worden. Eine komplette Neufassung der Vergaberichtlinie sei zeitnah umzusetzen. Das Verfahren sollte vereinfacht und transparent gestaltet werden, mit dem Schwerpunkt jungen Familien gerecht zu werden. Aufgrund der Stadtnähe zu Oldenburg, wo der Grundstückspreis 100 €/m<sup>2</sup> bis 150 €/m<sup>2</sup> betrage und aufgrund der derzeitigen Haushaltslage werde keine Notwendigkeit gesehen, den Preis von 95,00 €/m<sup>2</sup> für den Bereich Petersfehn zu reduzieren.

RM Peters verdeutlicht ebenfalls, dass die Vergaberichtlinien zunächst überarbeitet werden sollten, bevor eine Entscheidung getroffen werde. Die Richtlinien seien erstellt worden, als es viele Bewerber für wenige Grundstücke gab. Diese Situation sei nach Wegfall der Eigenheimzulage und aufgrund der Wirtschaftskrise nicht mehr gegeben. Es gebe nur noch wenige Grundstücksbewerber.

RM Frau Müller ist sich sicher, dass der demografische Wandel nicht aufzuhalten sei, wenn nicht schnellstmöglich gehandelt werde. Es sei überfällig und müsse Ziel der Politik sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Nach Ansicht von RM Oetjen sei der Grundstückspreis von 95,00 €/m<sup>2</sup> für den Bereich Petersfehn sozial gerechtfertigt.

RM Dr. Kolbow zeigt auf, dass in der Gemeinde Bad Zwischenahn viel für junge Familien getan werde. Gerade die Ausgaben im sozialen und kulturellen Bereich sowie auch im Schulbereich betragen einen hohen Anteil am Gesamthaushalt.

### **Beschluss:**

Die Grundstücke im Bebauungsplangebiet Nr. 145 - Südlich der Mittellinie - sollen gemäß der als Anlage 2 zur Beschlussvorlage beigefügten Vergaberichtlinie veräußert werden.

Der Verkaufspreis beträgt 95,00 €/m<sup>2</sup>. Der Abwasserbeitrag, die Kosten für den Prüfschacht und den Grundstücksanschluss müssen gesondert gezahlt werden.

Der Verwaltungsausschuss wird ermächtigt, über das weitere Verfahren und die Vergabe zu entscheiden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	0

- 23/80 -

## **5 Anfragen und Hinweise**

### **5.1 Schulbusunfall**

RM Behrens geht auf den aktuellen Schulbusunfall in Ohrwege ein. Weder Feuerwehr noch Notarzt und Polizei seien zur Betreuung der Kinder bzw. Bergung des Busses informiert worden. Das Verhalten des Busfahrers sei unverantwortlich.

BM Dr. Schilling merkt an, dass der Landkreis Träger der Schülerbeförderung sei. Die Gemeinde habe auch erst durch die Presse von dem Unfall erfahren.

- 40 -

### **5.2 Beschilderung für die öffentlichen Toiletten beim Rathaus**

RM Dr. Kolbow bittet Hinweisschilder für die öffentlichen Toiletten anzubringen.

#### **Anmerkung der Protokollführerin:**

Ein Hinweis auf die öffentlichen Toiletten im Untergeschoss des Rathauses ist zwischenzeitlich angebracht worden.

- 65 -

### **5.3 Einsparungen im Bereich Bibliothek und Jugendpflege für den Haushalt 2010**

Auf Anfrage von RM Oetjen teilt FBL Oeljeschläger mit, dass die Einsparungsvorschläge im Bereich Bibliothek und Jugendpflege im Rahmen der Verhandlungen mit dem Landkreis bezüglich der Genehmigung des Haushalts 2010 gemeinsam aufgestellt worden seien. An den Gesprächen waren je drei Vertreter von Landkreis und Gemeinde beteiligt.

- 20 -

### **5.4 Jubiläumstour mit dem Fahrrad nach Izegem vom 13. bis 18. Juni 2010**

BM Dr. Schilling weist auf eine Fahrradtour nach Izegem in Belgien hin, die anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Partnerschaft vom 13. bis 18. Juni 2010 vorgesehen sei. Ein Flyer mit Informationen ist zu Beginn der Sitzung an die Ratsmitglieder und die Zuhörer verteilt worden und der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt. Es sind noch wenige Plätze frei.

- 40 -

### **5.5 Konzessionsabgabe der Energieversorger an die Kommunen**

RM Georg Köster erkundigt sich, ob in Bezug auf die neu zu verhandelnde Konzessionsabgabe der Energieversorger an die Kommunen, Aussicht bestehe, eine höhere Konzessionsabgabe zu erhalten.

BM Dr. Schilling teilt mit, dass die Konzessionsverträge 2012 auslaufen. Seitens des Landkreises werde eine Re-Kommunalisierung nicht empfohlen. Wenn man dieser Empfehlung folge, sei eine öffentliche Ausschreibung zum Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages durchzuführen. Die Angelegenheit werde dem Verwaltungsausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt. Da mehrfach auch der Wunsch nach einer breiteren Diskussion geäußert worden ist, werde auch vorgeschlagen, die Beschlussfassung auch dem Rat zur Kenntnis vorzulegen.

- 20 -

## **6 Einwohnerfragestunde (ca. 18:00 Uhr)**

### **6.1 Winterdienst**

Eine Anwohnerin der Weetkornstraße fragt, warum bei den Einsätzen im Winterdienst die Fahrtstrecke zum Einsatzort, z. B. nach Ofen, nicht geräumt werde, sondern das Schneeräumtschild bzw. der Streumechanismus erst am eigentlichen Einsatzort eingesetzt werde. Dies stoße bei den Bürgern auf Unverständnis, zumal nachfolgenden Fahrzeugen die Räumung erschwert werde. Weiterhin weise sie darauf hin, dass der Nordhornweg nicht geräumt worden sei.

BM Dr. Schilling antwortet, dass der Baubetriebshof nur den Winterdienst für die Gemeindestraßen und nicht für die Kreis- und Landesstraßen durchführe.

Die Anwohnerin ist der Ansicht, dass bei derart extremen winterlichen Verhältnissen ausnahmsweise von der Regel abgewichen werden sollte.

Auf die Frage eines anderen Zuhörers teilt BM Dr. Schilling mit, dass von der Festsetzung eines Ordnungsgeldes an Bürger bezüglich unterlassener Schneeräum- und Streupflicht (Fußweg oder 1 m breiter Streifen in Länge des Grundstücks in verkehrsberuhigten Straßen) abgesehen werde. Eine allen Bürgern gerecht werdende Vorgehensweise sei schwierig, da die Bedingungen zu unterschiedlich seien. Die Verwaltung gehe grundsätzlich von einem mündigen Bürger aus, der sich seiner Pflicht bewusst ist. Für die Ahndung von Verstößen müssten außerdem Ordnungskräfte eingesetzt werden. Ein Ordnungsgeld stelle eine Einnahme der Gemeinde dar, solange kein Einspruch eingelegt werde. Dann falle es aufgrund einer dann notwendigen Gerichtsentscheidung der Landeskasse zu.

- 66 -

## **6.2 Zustand des ehem. BOHACO-Geländes**

Ein Einwohner weist auf den als Schandfleck in der Ortsdurchfahrt wirkenden Bereich des ehemaligen BOHACO-Geländes hin und bittet um Verbesserung des Zustandes.

BM Dr. Schilling teilt mit, dass das Grundstück aktuell den Eigentümer gewechselt habe. Man werde sich mit dem neuen Eigentümer in Verbindung setzen, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass es sich um Privateigentum handelt.

- 32, 61 -

## **6.3 Sonntagsleerung für den Briefkasten beim Bahnhof**

Von einem Einwohner wird der Wunsch vorgetragen, dass der Briefkasten am Bahnhof auch sonntags geleert werde, damit Gäste und Einwohner, insbesondere die mit der Bahn reisen, dort auch sonntags ihre Post einwerfen können und nicht zum Postgebäude am Langenhof gehen müssen.

BM Dr. Schilling teilt mit, dass die Entleerungszeiten von der Deutschen Post festgelegt werden. Die Anregung werde an die Post weitergegeben.

- 10 -

## **6.4 Abgabe von Laub, Strauchgut und Grünschnitt**

Ein Einwohner regt an, die Gebühren für die Abgabe bzw. Abfuhr von Grün- und Laubabfällen neu zu regeln, damit Laub und Grünabfälle aus Privatgärten vor dem Hintergrund der hohen Entsorgungskosten nicht mehr in den öffentlichen Grünanlagen, z. B. an der Aue, abgelegt werden.

Während die Abgabe von Laubabfällen von öffentlichen Straßen und Bereichen beim Baubetriebshof kostenlos sei, werde für Laub von privaten Grundstücken und für Grünabfälle seit dem 01. Januar 2010 eine Gebühr von 10,00 € erhoben. Anzumerken sei, dass die mündliche Aussage, dass es sich um Laub öffentlicher Bereiche handelt, ohne Nachweis anerkannt werde. Anschließend werden die natürlichen Abfälle zu Kompost verarbeitet, der

kostenlos abgegeben werde. Strauchgut könne ebenfalls unentgeltlich beim Recyclinghof abgegeben werden. Zudem werden in einigen Bereichen Tannenbäume und sonstiges Strauchgut nach Weihnachten von der Feuerwehr kostenlos für die Osterfeuer abgeholt. Er bittet zu prüfen, ob die Strauchgutabfuhr, die dreimal jährlich durchgeführt werde, noch erforderlich sei und ob eine generelle kostenlose Abgabe von Laub- und Grünabfällen denkbar sei.

BM Dr. Schilling weist darauf hin, dass der Landkreis für die Abfallentsorgung und die Festlegung der Gebühren zuständig sei.

- 32, 66 -

## **6.5 Nachfolgenutzung für das Gelände des ehem. Bundeswehrkrankenhauses**

Eine Vertreterin der Lokalen Agenda 21 Gruppe erkundigt sich wann und in welcher Weise die Bürger über das weitere Vorgehen informiert und beteiligt werden.

FBL Meyer erläutert das in Federführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben liegende Grundstücksvergabeverfahren sowie das anschließende Bauleitplanverfahren. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung sei rechtlich im Bauleitplanverfahren vorgesehen. Zurzeit befinde man sich im Vergabeverfahren. Vor der Ratssitzung, in der über eine „Vergabeempfehlung“ an einen noch zu bestimmenden Bewerber entschieden werden soll, sei eine Einwohnerinformationsversammlung vorgesehen, sodass der Rat in Kenntnis der Anregungen der Bürgerinnen und Bürger eine Entscheidung treffen könne.

- 61 -

## **Nicht öffentlicher Teil**

Ratsvorsitzender Mickelat schließt die Sitzung.

Mickelat  
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling  
Bürgermeister

Claaßen  
Protokollführerin